

# Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung  
bei der Partei DIE LINKE

---

Nummer 2/15. Jhg.

Mitteilungsblatt

Juni 2009

---

Zu diesem Heft:

Im vorliegenden Heft werden die auf der Konferenz "60 Jahre NATO und BRD. Ergebnisse und Konsequenzen" am 14. März 2009 in Berlin gehaltenen Vorträge sowie ein weiterer Beitrag unterbreitet. Georg Grasnick macht deutlich, dass die Bildung der NATO dem Bestreben entsprang, unter US-amerikanischer Hegemonie das kapitalistische System in Europa zu erhalten und den Einfluss der Sowjetunion sowie die gesellschaftlichen Umgestaltungen im östlichen Europa "zurückzurollen". Entsprechend diesem Anliegen war die NATO ihrem Wesen nach immer aggressiv, diente sie zu keinem Zeitpunkt der Verteidigung. Die NATO entstand im Streben nach einer Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und trieb diese voran. Ihre Entwicklung seit 1989/90 offenbart ihr imperialistisches, aggressives Wesen deutlicher denn je.

Im Beitrag von Hans-Werner Deim werden Wesen und Rolle der NATO aus spezifisch militärischer Sicht näher analysiert, insbesondere die Entwicklung ihrer Strategien. Deim weist nach, wie sich seit den 90er Jahren die Ambitionen der NATO enorm ausweiten, ihre Aggressionsfähigkeit sprunghaft gesteigert wird, beleuchtet das gleichermaßen konfliktreiche wie prinzipiell kooperative Verhältnis zwischen den USA und den europäischen NATO-Partnern und warnt vor absehbaren perspektivischen Auseinandersetzungen der NATO mit anderen Großmächten bzw. Kräftegruppierungen.

Gerd Deumlich zeichnet die Kontinuitätslinie vom wilhelminischen Deutschland über die Weimarer Republik und das faschistische Deutsche Reich zur BRD, deren Gestaltung eine erzwungene Anpassung an die Realitäten nach dem Scheitern ihrer Vorgänger war. Er beleuchtet den undemokratischen Weg ihrer Konstituierung, die einen Rückfall nicht nur hinter progressive Ansätze gesellschaftlicher Bewegungen der ersten Nachkriegsjahre, sondern auch hinter geltende Länderverfassungen bedeutete. Er zeigt die BRD als Produkt des Kalten Krieges, charakterisiert durch die mit ihrer Gründung vollzogene Spaltung Deutschlands, die "Westbindung" mit NATO-Integration und Remilitarisierung sowie als "Vorposten gegen den Kommunismus" mit revanchistischem und annexionistischem Anspruch. Ihre Rolle erfüllte sich mit der Einverleibung der DDR als Wiederherstellung der Macht des Kapitals in ganz Deutschland und deren hemmungslosem Ausbau, mit der Beteiligung an neuen imperialistischen Kriegsabenteuern und dem Übergang zu einer expansionistischen Außenpolitik.

Das Heft enthält auch die Einladungen zum Kolloquium "1939: War der Krieg unvermeidlich?" am 12. September 2009 in Berlin (S. 36) sowie zur Konferenz "1989: Ereignisse. Hintergründe. Folgen" am 31. Oktober 2009 in Berlin (S. 35).

Im nächsten Heft werden vor allem Materialien des Kolloquiums "Die DDR - ihr Platz in der Geschichte", das am 13. Juni d. J. in Berlin stattgefunden hat, dokumentiert.

Heinz Karl

## *Inhaltsverzeichnis*

|   |       |
|---|-------|
| Editorial   | S. 1  |
| Prof. Dr. Georg Grasnick<br>60 Jahre NATO-Kriegspakt  | S. 3  |
| Gerd Deumlich<br>Die Gründung der BRD - ein Sieg für die Demokratie?                              | S. 19 |
| Generalmajor a.D. Hans-Werner Deim<br>NATO-Strategien - gestern, heute und morgen                 | S. 27 |
| Einladung zur Konferenz "1989: Ereignisse. Hintergründe. Folgen"<br>am 31. Oktober 2009 in Berlin | S. 35 |
| Einladung zum Kolloquium "1939: War der Krieg unvermeidlich?"<br>am 12. September 2009 in Berlin  | S. 36 |

---

Impressum: Die GeschichtsKorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt - in der Regel per E-Mail.

E-Mail: [marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de](mailto:marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de)

Neue Interessenten teilen bitte ihre E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit.

Interessenten ohne E-Mail-Adresse sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion

Die GeschichtsKorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)  
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint August 2009.

Prof. Dr. Georg Grasnick

## **60 Jahre NATO-Kriegspakt**

Während des Zweiten Weltkrieges trafen sich regelmäßig Strategen des US-State Department und des Rates für Auswärtige Angelegenheiten im Rahmen des War and Peace Studies Program, um entsprechend der vorgegebenen Fragestellung "Wie organisieren wir die Welt?" Pläne für die Nachkriegspolitik zu entwerfen.

Die Planer, Beauftragte der Hochfinanz und großer Konzerne, gingen von einem grundlegenden Machtzuwachs des US-Imperialismus im Ergebnis des Krieges aus. Die Führungsrolle in der westlichen Welt war zu übernehmen. Prinzipien und Ziele der Anti-Hitler-Koalition, die Roosevelt auch für die Nachkriegsentwicklung als verbindlich verstand, sollten entsorgt werden.

Der US-amerikanische Wissenschaftler Noam Chomsky schreibt, dass nach Vorstellung dieser Leute die von den USA auszuübende strategische Kontrolle "die gesamte westliche Hemisphäre, das frühere, jetzt in Auflösung begriffene Britische Empire und den Fernen Osten umfassen sollte. Das war das Minimum, das Maximum war das Universum." Das Maximum zu erreichen bedeutete logischerweise, die Sowjetunion auszuschalten. Mit dem von den USA durch die Verbrechen von Hiroshima und Nagasaki eingeleiteten Atomzeitalter, diesem Frühakt des Kalten Krieges, so das Kalkül, sollte die Sowjetunion zunächst diszipliniert werden.

Schon im Dezember 1945, nur wenige Monate nach den Potsdamer Beschlüssen, lancierte das Pentagon einen Artikel in Agent France Press, in dem u. a. ausgesagt wurde: "Das zu lösende Problem besteht in der Verteidigung gegen einen Feind aus dem Osten ... Es wird daher gut sein, eine westalliierte Militärkommission zu schaffen, die aus den Stabschefs der Verbündeten besteht. Später, nach der Reorganisation Westdeutschlands, kann auch dieses in das System aufgenommen werden."

Das Feindbild war bestimmt, die "Verteidigungs"-Phrase vorgegeben. Die NATO-Konstituierung war programmiert, das westliche Bündnissystem projiziert. Die Aufnahme Westdeutschlands nach "Reorganisation", wie es hieß, genauer nach Restauration der alten Besitz- und Machtverhältnisse, war vorgezeichnet. Die Schritte zur Gründung der NATO waren politisch, ideologisch und militärisch von der Anfang 1947

verkündeten Truman-Doktrin des "roll back des Kommunismus" geprägt. Mit dieser Doktrin wurde, wie der Finanzberater Roosevelts, James P. Warburg, schrieb, "ideologisch der Krieg erklärt ..." "Von diesem Zeitpunkt an", so Warburg weiter, "wurde Deutschland eines der vielen Schlachtfelder, auf denen der 'kalte Krieg' zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion geführt wurde. Die Teilung Europas und die Teilung Deutschlands war die Folge." Westdeutschland war inzwischen mit Hilfe des Marshall-Plans politisch fest an die imperialistische Führungsmacht gebunden worden.

Die NATO-Gründung 1949 gestaltete sich als brüske Missachtung des Willens der Deutschen, der sich in der Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden manifestierte, und als schroffe Zurückweisung des Vorschlags der UdSSR, ein kollektives Sicherheitssystem in Europa zu schaffen. Die Gründung der NATO bedeutete somit:

- Erstens die Absage an das Potsdamer Abkommen, an die Verpflichtung, Faschismus und Militarismus auf deutschem Boden zu liquidieren, ein einheitliches, friedliches Deutschland zu ermöglichen sowie Frieden und Sicherheit in Europa zu gewährleisten.
- Zweitens die Schaffung eines militärischen Instruments zur Durchsetzung politischer und ökonomischer Interessen und Ziele des US-Imperialismus in Eurasien. 1997, fast ein halbes Jahrhundert später, bestätigte Brzezinski, ehemaliger Berater Carters, jetzt Berater Obamas, dass die NATO "die produktivsten und einflussreichsten Staaten Europas an Amerika (bindet) und ... den Vereinigten Staaten selbst in innereuropäischen Angelegenheiten eine wichtige Stimme" verleiht.
- Drittens war das die vollzogene Spaltung Deutschlands und Europas.
- . Viertens war damit die künftige Rolle Westdeutschlands als "zuverlässiges Bollwerk", als "Brückenkopf" und als "Speerspitze gegen den Kommunismus" bestimmt.
- Fünftens schufen sich die USA mit der NATO einen Pakt, an den sie ehemalige und neue Verbündete fest an sich ketteten, um sie für die Durchsetzung ihrer Strategie zu instrumentalisieren. Noch Ende der 1990er Jahre sprach Brzezinski von "Vasallen und Tributpflichtigen im amerikanischen Protektorat West- und Mitteleuropa".

Zur Irreführung der internationalen Öffentlichkeit und unter Berücksichtigung des noch wachen Wunsches, "Nie wieder Krieg" zuzulassen, knüpfte der Vertrag demagogisch an die UNO-Charta an. "Vom Wunsch mit allen Völkern und mit allen Regierungen in Frieden zu leben", von der Pflicht, "sich jeder Drohung oder Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen zu enthalten" war die Rede. Aber auch davon, "dass ein bewaffneter Angriff gegen einen oder mehrere (der Mitglieder) in Europa ..." den Verteidigungsfall auslösen würde. Mit dem letzten Aspekt war ein potenzieller Gegner vorausgesetzt. Die Bedrohungslüge gehörte zum Gründungsakt des aggressiven Pakts.

Die Aufnahme der BRD in die NATO erfolgte bekanntlich erst 1955. Nachhaltig waren Vorbehalte in der internationalen Öffentlichkeit gegen den Nachfolgestaat des Dritten Reiches.

Vorarbeit für die Aufnahme war allerdings schon seit längerem geleistet worden. Adenauer hatte den Generalvertrag unterzeichnet. Die sogenannte Dienststelle Blank war gebildet und die Remilitarisierung des Landes in Angriff genommen worden. Seit 1951 liefen die Vorarbeiten für die Aufstellung einer Armee. Zunächst war an eine Kerntruppe als westdeutsches Kontingent für die von Eisenhower geforderte US-Europaarmee gedacht. Westdeutschland als Hauptquelle für Truppenbeschaffung und Kriegsproduktion sowie als Vorposten einer aggressiven Politik und Aufmarschgebiet in Europa sollte nach Vorstellungen des Pentagon zügig umgesetzt werden. Der Militär-Industrie-Komplex wollte seinen Part spielen.

Die deutschen Kriegsverbrechergenerale, Spezialisten für "verbrannte Erde", brannten auf Revanche für die erlittene Niederlage. Sie hatten ihre Ostfeldzugspläne nach der bedingungslosen Kapitulation kaum unterbrochen. Schon am 10. April 1950 berichtete "News Week" über Ergebnisse der Tätigkeit des "Arbeitsstabes Halder": Neben Halder, ehemaliger Chef des Generalstabs des Heeres, hatten Heusinger, Speidel, von Hobe, Reichelt, Panitzki, Willemer, Reinhardt und weitere in 950 Projekten ihre Blitzkriegserfahrungen aus dem Ostfeldzug in einem "Deutschen Plan" fixiert. Am "Tag X", so hieß es darin u. a., würde eine Panzerarmee "vorwärtsstürmen, unterstützt ... durch die Luftflotte mit dem Ziel, Berlin, Stettin und Warschau in drei Tagen zu erreichen".

Das Pentagon fand die Planungen der faschistischen Blitzkriegsstrategen von gestern offenbar so passgerecht für die eigenen Gedankenspiele, dass Speidel im April 1957 zum Oberkommandierenden der NATO-Landstreitkräfte Mitteleuropa berufen wurde. Die Adenauer-Regierung hatte inzwischen die Aufstellung einer Millionen-Armee beschlossen. Entscheidende Kommandostellen wurden in der Folgezeit mit Generalen und Offizieren der faschistischen Wehrmacht besetzt. Mitte der 1960er Jahre übernahm General Kielmannsegg den Oberbefehl über den NATO-Befehlsbereich Europa-Mitte. Jeder siebte NATO-General war zu dieser Zeit ein Bundeswehrgeneral. Zehn Bonner Generale hatten sich in den operativen Sektor der NATO-Stäbe hochgedient, sechs im Bereich der Logistik.

Strauß befand, dass der Widerspruch zwischen dem "wirtschaftlichen Riesen und dem politischen Zwerg" gelöst werden müsse. Auch die Bundesrepublik müsse über Atomwaffen verfügen können. Die Bundesrepublik, dem Antikommunismus als Staatsdoktrin verpflichtet, hatte sich als Juniorpartner der imperialistischen Hauptmacht mit ihren Vorstellungen von der "Neuordnung Europas" auf militärischem Gebiet im NATO-Bereich sichtbar und hörbar vorgekämpft.

Der von den USA und der NATO, und in ihr maßgeblich von der Bundesrepublik mitgetragene, gegen den Sozialismus geführte Kalte Krieg erwies sich als permanente Gratwanderung am atomaren Abgrund. Trumans Außenminister Dulles hatte, noch im Bewusstsein des US-Atomwaffenmonopols, zur Führung eines Kernwaffenkrieges erklärt: "Wenn man versucht, vor ihm davonzulaufen, wenn man sich scheut, bis an den Rand des Abgrunds vorzustößen, ist man verloren."

Schon Ende 1945, wenige Monate nach Potsdam, hatte das Komitee der Vereinigten US-Stabschefs eine Studie vorgelegt. Sie benannte 20 Ziele in der Sowjetunion, die mit Atombomben angegriffen werden sollten. In einem weiteren Dokument dieses Komitees vom 1. Mai 1947, den "Leitlinien für die Strategische Planung", hieß es: "Wenn geeignete Stützpunktgebiete gesichert sind und die Verbindungslinien aufrecht erhalten werden können, haben die Vereinigten Staaten die Möglichkeit, binnen kurzer Zeit nach Kriegsbeginn offensiv strategische Luftoperationen gegen lebenswichtige russische Industrie- und Bevölkerungszentren zu unternehmen." Die Planungen für 15 vernichtende Nuklearangriffe bis 1949 liefen unter solchen Tarnbezeich-

nungen wie "Totality", "Broiler", "Fleetwood", "Frolic", "Halfmoon", "Dualism" und "Trojan". Der Plan "Dropshot" sah vor, 1957 einen totalen Kernwaffenkrieg zu führen. Der NATO-Rat hatte in diesem Jahr die Ausrüstung seiner Verbände mit Atomwaffen beschlossen. Innerhalb von 30 Tagen sollten 300 Atomschläge gegen Territorien der Sowjetunion und ihrer Verbündeten erfolgen, um das sozialistische Lager militärisch und politisch zu liquidieren.

Bemerkenswert für diese Jahre des Kalten Krieges und wiederholter Strategiemodifizierungen seitens der USA und der NATO sind vor allem drei wesentliche Tatsachen:

Erstens war das zeitweilige US-Monopol der Nuklearwaffe die Schlüsselfrage der von Truman geprägten Strategie des "roll back" und der geplanten Vernichtung der UdSSR. Die Sowjetunion stoppte die Atomkriegsbesessenen, indem sie 1949 dieses Monopol der USA brach und 1953 über die Wasserstoffbombe verfügte.

Zweitens löste die Sowjetunion mit dem Start des ersten Sputniks im Pentagon und im Weißen Haus einen nachhaltigen Schock aus, was zu Modifizierungen in der Strategieplanung Washingtons und Brüssels führte.

Drittens stellte die UdSSR das relative "Gleichgewicht des Schreckens" her. Es löste im Pentagon - zumindest für Jahre - die Erkenntnis aus: Wer als erster schießt, der stirbt als zweiter.

Viertens zwangen die wiederholten Friedensinitiativen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten und die Aktivitäten der Weltfriedensbewegung die US- und NATO-Militärs immer wieder zum Taktieren. Zu nennen wären u. a. solche Initiativen wie die für einen Friedensvertrag mit Deutschland (1952), für einen Weltkongress zu Fragen der Abrüstung (1952), für eine gesamteuropäische Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit, zur Minderung der Spannungen und für friedliche Koexistenz (ab 1966), für eine Vereinbarung der KSZE-Teilnehmerstaaten, nicht als erste gegeneinander Kernwaffen einzusetzen (1976), für einen Weltvertrag über Gewaltverzicht, für Kernwaffenfreiheit, für die Halbierung der strategischen Offensivwaffen, für die Einstellung der Nuklearexplosionen usw.

USA und NATO beantworteten im Rahmen ihres Psychologischen Krieges solche Initiativen u. a. mit der sogenannten Lückenlüge, das heißt der Unterstellung, der Warschauer Pakt besitze eine Überlegenheit bei diesem oder jenem Waffensystem. So wurde das Wettrüsten fortwährend angeheizt. Die Wortwahl für ihre Strategien - "massive Vergeltung", "flexible Reaktion", "realistische Abschreckung", "Vorneverteidigung" oder wie auch immer - sollten stets den auf der Lauer liegenden kommunistischen Aggressor vortäuschen und neue Aufträge für die Rüstungskonzerne veranlassen. Bundeswehrgeneral Schmückle gestand: "In Bündnissen beeinflussen die Militärs die Rüstung durch die Darstellung der Bedrohung." Nach der Helsinki-Konferenz über europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, also während einer Entspannungsphase, setzten USA und NATO alles daran, die ideologische Diversion gegen die sozialistischen Staaten zu verstärken.

Unter Reagan wurde das "Gleichgewicht des Schreckens" in Abrede gestellt. Die Anerkennung dieser "These", so verlautete aus dem Weißen Haus, bedeute die "Anerkennung der Gleichberechtigung des weltpolitischen Gegners": Man setzte auf militärische Überlegenheit, um einen "Blitzkrieg" mit taktischen Kernwaffen, einen "begrenzten Kernwaffenkrieg" in Europa zu führen. Schon unter Carter war mit der Direktive 49 die Nuklearkriegsführungsdoktrin Regierungsdoktrin geworden.

Die BRD war in diesen Jahren nicht nur zum Hauptstationierungsland für NATO-Truppen, nicht nur zum größten US-Waffenlager in Europa und zum Lagerplatz sowie zur Abschussrampe von US-Atomwaffen geworden, sondern auch zum Manöverfeld für geplante Kernwaffenschläge gegen die sozialistischen Staaten. Bei den Manöverserien "Autumn Forge", "Reforger", "Crusader" und andere spielten Elemente der von der BRD in die NATO eingebrachten "Vorwärtsstrategie" eine Rolle. Bei den alle zwei Jahre durchgeführten NATO-Planspielen "Wintex/Cimex" wurden massive Schläge in die operative Tiefe der Streitkräfte des Warschauer Vertrages, vornehmlich auch gegen die DDR geprobt.

Ende 1979 gab Brüssel "Grünes Licht" für die materiellen und militärischen Vorbereitungen eines Nuklearkrieges in Europa. Das Pentagon hatte Richtlinien für die Kriegsvorbereitungen bis 1988 vorgegeben. Danach waren 40 000 Objekte in der Sowjetunion für die Zielplanung bestimmt worden. 1979 wurde auch mit Unterstützung



der von Schmidt geführten BRD-Regierung der sogenannte NATO-Doppelbeschluss zur Stationierung von nuklear bestückten Pershing II-Mittelstreckenraketen und Cruise Missiles gefasst. Die Pershing II sollten aufgrund ihrer größeren Reichweite und erhöhten Treffsicherheit sowie durch Wegfall der Vorwarnzeit für die Sowjetunion die NATO in die Lage versetzen, "präzise Schläge" zu führen, ohne das Risiko eines strategischen Schlagabtauschs einzugehen. Man werde "dem russischen Huhn den Kopf abschlagen" hieß es im Pentagon-Jargon. Die "New York Times" kommentierte am 30. Mai 1982: "Die Strategie vom Nuklearen Krieg würde auf dem sogenannten Enthauptungsschlag basieren, womit Schläge gegen die politische und militärische Führung sowie gegen die Nachrichtenverbindungen der UdSSR gemeint sind."

Zu der unmittelbar vor Beginn der Wiener Abrüstungsverhandlungen Ende Februar/Anfang März 1989 durchgeführten Stabsrahmenübung "Wintex/Cimex" vermerkte "Der Spiegel": "Zum ersten Mal wurden die 'Allgemeinen politischen Richtlinien' für den Einsatz von Atomwaffen angewandt, die im Oktober 1986 die Nukleare Planungsgruppe (der NATO) beschlossen hatte."

Die Gegenmaßnahmen der UdSSR und damit die Aufrechterhaltung des "Gleichgewichts des Schreckens" machten einen Strich durch die verbrecherischen NATO-Pläne und verhinderten so den Sturz in den "atomaren Abgrund". Die kaum vorstellbaren Anstrengungen der Sowjetunion in dem ihr vom US-Imperialismus aufgezwungenen, kräftezehrenden und aufreibenden Wettrüsten, Anstrengungen, an denen auch die anderen sozialistischen Länder ihren Anteil hatten, haben durch Sicherung des relativen Kräftegleichgewichts Europa, ja die Welt davor bewahrt, in eine atomare Wüste verwandelt zu werden. Dieses historische Verdienst des Sozialismus bleibt unauslöschbar!

Mit der Beendigung des vier Jahrzehnte währenden Kalten Krieges versicherten im November 1990 in Paris die NATO und der Warschauer Pakt feierlich, dass Sicherheit unteilbar sei, vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen weitergeführt und Stabilität in Europa gewährleistet würden. Im 2+4-Vertrag wurde beteuert, dass von deutschem Boden nur noch Frieden ausgehen werde.

Mit der Rückwende, mit dem Ende des Realsozialismus in Europa und der Auflösung des Warschauer Paktes erwiesen sich diese Schwüre schnell als leere Worte.

Für die eingangs erwähnten, schon während des Zweiten Weltkrieges in Washington angedachten Ziele, deren Realisierung der Sozialismus so lange verwehrt hatte, schien nun freie Bahn für das "Maximum" gegeben zu sein. 1991 verkündete Bush sen. die "Neue Weltordnung" und die Weltführerschaft des US-Imperialismus. Die NATO war als Knüppel zur militärischen Absicherung vor allem US-amerikanischer Vormachtstellung und neoliberaler Globalisierung gefragt.

Der NATO-Gipfel in Rom im November 1991 beschloss ein "Neues Strategisches Konzept". "Die Gefahr aus dem Osten" war beseitigt. Nun sollte "multidirektionalen Bedrohungen" begegnet werden. Der Aufbau und Einsatz "mobiler, schnell und weitläufig verlegbarer Streitkräfte", von "Krisenreaktionskräften", ein Einsatz, der notfalls auch ohne UNO-Mandat erfolgen sollte, wurde auf die Tagesordnung gesetzt. "Unvorstellbare Risiken", "aus allen Richtungen" wurden beschworen und die "Gefährdung lebenswichtiger Zufuhren durch Terror- und Sabotageakte" in die Bedrohungsskala der NATO aufgenommen.

Eurasien rückte ins Zentrum der Planungen des Pentagon. Z. Brzezinski konkretisierte Ende der 1990er Jahre: "Eine Macht, die Eurasien beherrscht, würde über zwei der drei höchstentwickelten und wirtschaftlich produktivsten Regionen der Welt gebieten ... Nahezu 75 Prozent der Weltbevölkerung leben in Eurasien, und in seinem Boden wie auch Unternehmen steckt der größte Teil des materiellen Reichtums der Welt. Eurasien stellt 60 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts und ungefähr drei Viertel der weltweit bekannten Energievorkommen."

Natürlich waren sich auch Politik und Militärs der BRD dieses Reichtums bewusst. 1996 brachte der damalige Oberstleutnant i. G. Reinhard Herden, ein im Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr für Risikoprognosen verantwortlicher Experte, eine Analyse zu Papier. Auftrag war, die Sicherung der "globalen Konzentration des Wohlstands" beim "Klub der Reichen", also der führenden imperialistischen Länder darzulegen. Herden prognostizierte: "Die Kolonien der Zukunft werden vor allem Ressourcenlieferanten und Absatzmärkte sein ... Die Regierungen der reichen Staaten werden physische und digitale Sicherheitskorridore für den Abtransport von Bodenschätzen und den Handel sowie zu Informationszwecken errichten und überwachen."

Zehn Jahre später bestätigte der Politikwissenschaftler Brzoska: "Die Kriege der Zukunft werden immer häufiger Kriege um Wohlstand ... sein ..."

Der US-Imperialismus war darauf bedacht, das Entstehen neuer Rivalen zu verhindern. Ein umfangreiches Stützpunktsystem rund um den Erdball war errichtet worden. "Jede feindliche Macht" sei daran zu hindern, eine Region zu beherrschen, "deren Ressourcen unter ihre Kontrolle" zu bringen, hieß es in den in Washington beschlossenen "Richtlinien zur Verteidigungsplanung" (Defense Planning Guidance). Bei der Durchsetzung der "vitalen Interessen" des US- wie auch des BRD-Imperialismus waren internationale Probleme und Konflikte einkalkuliert, wie die Beschlüsse des NATO-Gipfels von Rom andeuteten. Kalter Krieg und bewaffnete NATO-Einsätze, also aggressiver Kurs gehörten zu den "Modifizierungen" des "Neuen Strategischen Konzepts".

Der neue Kalte Krieg richtete sich - und daran ändert die Existenz des NATO-Russland-Rates wenig - vor allem gegen solche potenziellen Rivalen wie Russland und China. Länder im Aufbruch, die in den internationalen Angelegenheiten ein Mitspracherecht beanspruchen. Im Zentrum dieses neuen Kalten Krieges stehen für die NATO Fragen der Energiesicherung und der Märktebeherrschung. Entgegen den Versprechen von Bush sen., des damaligen US-Außenministers Baker und des damaligen NATO-Generalsekretärs Wörner wurde 1990, beginnend mit dem Anschluss der DDR an die BRD, die NATO-Osterweiterung betrieben, damit das "Neue Strategische Konzept" zügig umgesetzt und zugleich neue Mitglieder für neue völkerrechtswidrige Feldzüge eingegliedert.

Die Einkreisung Russlands wurde fortgesetzt, nicht zuletzt um den Einfluss des Landes in den energiereichen Kaukasus- und Kaspiregionen zu vermindern. Weitergestecktes, langfristig angelegtes Kalkül ging und geht davon aus, Russland in seinem gegenwärtigen staatlichen Bestand zu überwinden. Clinton erklärte in einer geheimen Rede vor den Chefs der US-Streitkräfte am 24. Oktober 1995: "Im nächsten Jahrzehnt sind folgende Probleme zu lösen: Aufspaltung Russlands in Kleinstaaten vermittelt zwischen regionaler Kriege, ähnlich jenen, die wir in Jugoslawien organisiert haben ... Errichtung solcher Regime in den von Russland abgefallenen Republiken, die wir brauchen." Brzezinski kam zwei Jahre später zu der Auffassung, dass Russ-

land in mehrere Teile gespalten werden müsste: "einem lockerer konföderierten Russland, einer sibirischen Republik und einer fernöstlichen Republik".

In Mitteleuropa soll ein US-amerikanisches Raketenabwehrsystem eingerichtet werden, um das strategische Abschreckungspotenzial Russlands zu neutralisieren. Fortwährend ist NATO-Infrastruktur an die Grenze Russlands gebracht worden. Das Prinzip gleicher Sicherheit wird zerstört. Mit ehemaligen Sowjetrepubliken wurden gegen Russland gerichtete sogenannte "NATO-Partnerschaften für den Frieden" installiert. Mit Hilfe dieser sogenannten Partnerschaften sollen diese Staaten an die NATO herangeführt werden. Georgien, durch das die zentrale Gaspipeline Nabucco verlaufen soll, um die Abhängigkeit der EU vom russischen Gas zu vermindern, provozierte den Kaukasus-Stellvertreter-Krieg gegen Russland und löste damit ernste internationale Spannungen aus. Auf dem NATO-Gipfel in Riga 2006 schlug US-Senator Lugar sogar vor, eine "Energie-NATO" zu bilden.

USA und NATO setzen alles daran, die strategische Überlegenheit gegenüber den Kontrahenten Russland und China aufrechtzuerhalten. Und sie belassen es nicht beim Kalten Krieg. Die von ihnen betriebene "Neuordnung der Welt" schließt die Führung von Ressourcen- und Weltneuordnungskriegen ein.

Mit dem völkerrechtswidrigen NATO-Überfall auf Jugoslawien, der die längste Friedensperiode auf unserem Kontinent beendete, trat eine Zäsur in den internationalen Beziehungen ein. Vier Wochen nach dem Krieg zur Zerstückelung Jugoslawiens wurden auf dem Jubiläumsgipfel zum 50. Jahrestag der NATO in Washington mit Eckpunkten für spätere Strategiemodifizierungen Schlussfolgerungen aus diesem Krieg vorgegeben.

Erstens hieß es: "Die Sicherheit des Bündnisses muss auch den globalen Kontext berücksichtigen." Die NATO orientierte auf "out of area"-Einsätze, auf den weltweiten Einsatz ihrer Streitkräfte. Der jahrzehntelang strapazierte Begriff vom "regionalen Verteidigungsbündnis" hatte ausgedient. Der 11. 9. kam dann den Pentagon-Strategen wie ein "Gottesgeschenk" vor: Nicht nur das verblichene Feindbild konnte ersetzt werden. Der "weltweite, langandauernde Kampf gegen den internationalen Terrorismus" füllte den in Washington fixierten "globalen Kontext" auf. Hatte man beim Überfall auf Jugoslawien von einer "humanitären Aktion" geschwätzt, so wurde im völker-

rechtswidrigen Krieg gegen Afghanistan der schon zwei Tage vor dem 11. 9. bestätigte "Aktionsplan zur Vernichtung der Al Qaida" in die Tat umgesetzt und beim Überfall auf den Irak der "Besitz von Massenvernichtungswaffen" unterstellt. Mit ihren staatsterroristischen Kriegen haben USA und NATO den Zugriff auf wichtige Energiequellen und Pipelineprojekte erreicht. Zugleich haben diese Kriege zur Destabilisierung ganzer Regionen geführt, den Terrorismus gestärkt und ein Übergreifen des Kriegsgeschehens auf Pakistan ausgelöst. Die Bundesregierung schuf eine Neudefinition des "Verteidigungsbegriffs". Bisherige Auffassungen wurden "entgrenzt": Deutschland, so hieß es offiziell, werde nunmehr in der ganzen Welt verteidigt. Die Bundeswehr wurde zur weltweit agierenden Angriffsarmee. Die Bundesregierungen missachteten das im Grundgesetz fixierte Verbot der Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen.

Zweitens betrachteten USA und NATO die UNO-Charta und -Prinzipien als Hemmnisse für ihren aggressiven Kurs. An die Stelle des UNO-Gewaltmonopols setzten sie die Selbstmandatierung. Schon Clintons Außenministerin Albridge hatte erklärt, die NATO sei "keine Filiale der UNO". Die der "Neuen Weltordnung" entsprechende "neue Rechtsideologie" setzt in den internationalen Beziehungen an die Stelle der Stärke des Rechts das Recht des Stärkeren, das Faustrecht. Die UNO soll nur noch als gelegentlich benötigte Dienstleistungseinrichtung dienen.

Drittens definierten US- und NATO-Führung "Sicherheit" als Sicherheit für die Wirtschaft der imperialistischen Hauptländer. Die BRD spricht in den Verteidigungspolitischen Richtlinien im Sinne der Profit-"Sicherheit" vom "sicheren Zugang zu Ressourcen und Märkten".

Auf ein spezielles Problem für die NATO soll hier noch aufmerksam gemacht werden. USA und BRD bzw. USA und EU sind sowohl Partner als auch Rivalen und Konkurrenten. Die BRD war als Frontstaat im Kampf gegen den Sozialismus bei den verschiedenen US-Administrationen als NATO-Musterknabe und engste Verbündete der USA in Europa anerkannt. Bei den vom US-Imperialismus betriebenen Weltneuerungskriegen erwies sie sich als zuverlässige NATO-Bündnispartnerin.

Nach dem Ende der Systemauseinandersetzung pochte der "wirtschaftliche Riese" zunehmend auf Großmachteinfluss. Nach dem Anschluss der DDR an die

BRD wurde erklärt, Deutschland müsse seiner "Weltgeltung gerecht werden". Kohl sprach von der "neuen Verantwortung Deutschlands" und einer - wie immer interpretierbaren - "Rückkehr zur Normalität". Schröder gebot die "Enttabuisierung des Militärischen" und verhiess einen "deutschen Weg". Das Weißbuch 1994 hatte die Bundeswehr als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik charakterisiert. Der frühere Bundeswehrgeneralinspekteur und Vorsitzende des NATO-Militärausschusses Naumann verdeutlichte diese Maxime: "Es gibt nur noch zwei Währungen weltweit - wirtschaftliche Macht und die militärischen Mittel, sie durchzusetzen." Die BRD mit ihren Niedriglohnkosten, Lohndrückereien und staatlichen Steuergeschenken an Konzerne war in den Rang eines Exportweltmeisters gekommen und sich der Macht bewusst geworden, die der deutsche Imperialismus bei der Neuordnung und -aufteilung der Welt gewonnen hatte. Zielstrebig betrieb die Bundesregierung nach der NATO-Osterweiterung die EU-Aufnahme neuer Mitglieder. Deutsche Unternehmen erschlossen millionenfach neues "Humankapital" in osteuropäischen Niedriglohnländern.

Das Exportvolumen der EU, in der die BRD führend ist, ist faktisch drei Mal höher als das der USA. Das Importvolumen der EU ist doppelt so hoch als das der USA.

Beide Machtzentren verfolgen im neoliberalen Globalisierungsprozess ihre jeweiligen Interessen und Ziele. Zwangsläufig kollidieren die Bestrebungen der EU, als eigenständiges ökonomisches, weltpolitisches und militärisches Machtzentrum möglichst einheitlich zu wirken, mit Interessen der USA und deren transnationalen Konzernen.

EU-Politiker brachten vermehrt zum Ausdruck, dass es längst an der Zeit sei, mit den USA "auf gleicher Augenhöhe (zu) sprechen". Im Zusammenhang mit dem Krieg gegen Irak nahmen die Spannungen zu. Die Zurückweisung der EU-Forderung nach mehr Mitsprache im Bündnis führte dazu, den Aufbau einer EU-eigenen Interventionsstreitmacht in die Wege zu leiten. Sie will Einsätze auch unabhängig von der NATO und damit von den USA durchführen. Solana verhiess die Fähigkeit, mehrere Kriege gleichzeitig führen zu können.

Republikaner und Demokraten in den USA sprachen von einem "Kuckucksei" in der NATO. Die EU wurde des "Antiamerikanismus" verdächtigt. Die EU-Staaten wur-

den von Rumsfeld in ein "altes" und in ein "neues Europa" eingeteilt. Ein "miteinander in gleicher Augenhöhe sprechen" wurde von Washington barsch zurückgewiesen. Von einer "permanenten Krise im transatlantischen Bündnis" wurde gesprochen. Rumsfeld bezichtigte die EU, mit der Eingreiftruppe die NATO zu schwächen. Washington erwartete - gemäß seinem unilateralen Führungsanspruch -, dass die EU keine eigenen Spionagesatelliten für globale Erkundung ins All schicke, keine hochentwickelte elektronische EU-Kommandozentrale einrichte und keine Verselbständigung der EU auf militärischem Gebiet betreibe. Im Gegenzug setzten die USA die Bildung einer NATO-Eingreiftruppe, der NATO Response Force, durch.

Trotz der Widersprüche zwischen USA und EU, trotz der Differenzen zwischen Atlantikern und sogenannten "Euro-Nationalisten" in der BRD stehen Politik und Militärs der BRD nach wie vor in Bündnistreue zu den USA und zur NATO. Der NATO-Musterknabe BRD stellt in Afghanistan das drittstärkste Truppenkontingent. Mit Spangdahlem bietet die BRD den USA eine wichtige Basis für deren Kriegsführungen. Mit Ramstein befindet sich auf dem Boden der BRD der größte US-amerikanische Luftwaffenstützpunkt außerhalb der Vereinigten Staaten. Vor der diesjährigen Münchener Sicherheitskonferenz erklärten sich Sarkozy und Merkel für eine Vertiefung der "unverzichtbaren" sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit mit den USA und damit gegen ein neues Sicherheitssystem in Europa. Dabei ist nicht zu übersehen, dass die BRD und Frankreich, das unter Sarkozy vollständig in die NATO-Kommandostrukturen zurückkehren will, ein stärkeres Mitspracherecht in der NATO erreichen möchten.

Nun residiert in den USA ein neuer Präsident. Sein neuer Kriegsminister Gates ist der alte. Hillary Clinton als Außenministerin knüpft an den Kurs an, den ihr Mann als Präsident gefahren ist. Sicherheitsberater ist James Jones, als General der Marines vom Kosovo über den Irak bis Afghanistan immer im Einsatz. Die Obama-Administration wird alles daran setzen, die US-Hegemonie zu erhalten, bei gleichzeitiger Stärkung der NATO. Eine Stärkung, die durch größeres Engagement der europäischen Mitglieder erreicht werden soll.

Die NATO-Osterweiterung soll fortgesetzt werden. NATO-Generalsekretär de Hoop Scheffer bezeichnet sie als "Hauptstrategie für die Konsolidierung Europas"! Der

geplante Raketenschirm in Mitteleuropa ist keineswegs vom Tisch. Der Krieg in Afghanistan soll intensiviert, die NATO-geführte ISAF-Truppe deshalb von 55 000 auf 70 000 Soldaten aufgestockt werden. Obama hat die europäischen Verbündeten aufgefordert, ihre Kontingente ebenfalls zu erhöhen. Eine Niederlage am Hindukusch soll verhindert werden, um das Auseinanderbrechen der NATO zu vermeiden.

Auf dem Bukarester NATO-Gipfel 2008 war festgelegt worden, die militärischen Fähigkeiten der NATO zu verbessern. Die strategische Überlegenheit gegenüber den potenziellen globalen Kontrahenten Russland und China müsse gesichert werden.

Für die NATO-Jubiläumstagung 2009 soll ein neues strategisches Konzept vorgelegt und spätestens 2010 verabschiedet werden. Fünf NATO-Generale, darunter der ehemalige Bundeswehrgeneralinspekteur und spätere Vorsitzende des NATO-Militärausschusses Naumann, haben Vorarbeit geleistet. In der Studie "Towards a Grand Strategy for an Uncertain World" (Gesamtstrategie für eine unsichere Welt. Die transatlantische Partnerschaft erneuern) orientieren die Autoren auf die Bereitschaft zum atomaren Erstschlag und zu weiteren militärischen Interventionen. Das bisher geltende Konsensprinzip soll durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt und damit das Mitspracherecht der Mitgliedstaaten reduziert werden. Nur wer an künftigen Kriegen teilnimmt, soll mitbestimmen können, anderenfalls sein Mitspracherecht einbüßen. Kriegführung soll an kein UNO-Mandat gebunden sein. Es gehe um den "Einsatz des ganzen Spektrums von Zuckerbrot und Peitsche, aller weichen und harten Machtinstrumente, von diplomatischem Protest bis zu Atomwaffen", so die Autoren der Vorlage.

NATO bedeutet also weitere Interventions- und Angriffskriege! Wobei die Gefahr eines Kernwaffenkrieges wächst.

40 Jahre hat die NATO Kalten Krieg gegen den Sozialismus geführt. 20 weitere Jahre versetzt sie die Welt in Unfrieden. Mit der Fortführung des Kalten Krieges gegen Russland, China und andere Staaten sowie mit Ressourcen- und Weltneuordnungskriegen.

Acht Billionen Dollar sind während des von den USA provozierten Wettrüstens verpulvert worden. Fünf Billionen Dollar allein von der NATO-Führungsmacht USA für die Entwicklung, Produktion und Modernisierung von Kernwaffen. Auf drei Billionen



Dollar für die USA und weitere drei Billionen Dollar für die übrige Welt belaufen sich nach Schätzungen des Nobelpreisträgers Joseph Stiglitz die Kosten für den Irak-Krieg. 823 Milliarden Dollar werden gegenwärtig von den NATO-Staaten für Militär und Waffen verschleudert, 547 Milliarden allein die USA.

Und das in einer Welt, in der 3,1 Milliarden Menschen in Armut leben. In der 5,6 Millionen Kinder jedes Jahr an Hunger und fast drei Millionen an Durchfallerkrankungen sterben. In der 1,2 Milliarden Menschen ohne sauberes Trinkwasser und 2,6 Milliarden Menschen ohne medizinische Grundversorgung sind. Die materiellen Voraussetzungen sind gegeben, um die Erdbewohner ausreichend zu ernähren und medizinisch zu betreuen. 24 Milliarden Euro würden ausreichen, um den Hunger aus der Welt zu verbannen. Zehn Dollar genügten, um in Afrika einen Brunnen zu errichten.

USA und NATO verteidigen gesellschaftliche Verhältnisse, unter denen die Ergebnisse der gesellschaftlichen Arbeit von denen angeeignet werden, die die neoliberale Globalisierung vorantreiben und damit die Polarisierung von Arm und Reich befördern. Sie sichern mit ihren Ressourcenkriegen die Maximalprofite der großen Konzerne.

Die NATO führt folglich auch Krieg gegen die Armen dieser Welt. Millionen und aber Millionen werden durch diese Politik quasi regelrecht verhungert! Die NATO erweist sich zugleich mit ihren Interventionskriegen als Klimakiller. Sie ist "der größte institutionelle Verbraucher von Energie und Emittent von Treibhausgasen auf dem Planeten", wie eine Studie des US-"Institute For Policy Studies" ausweist.

Die NATO ist nicht nur ein Fluch für die Menschheit, wie 60 Jahre ihrer Existenz beweisen. Sie destabilisiert die internationale Lage! Sie bedroht die Zukunft der Menschheit!

Im Interesse der Zukunft der Menschheit sind deshalb u. a. dringend geboten:

- der Abzug der US-amerikanischen und NATO-Truppen aus den von ihnen besetzten Ländern und Protektoraten und die zivile Lösung der jeweilig anstehenden Probleme;
- die sofortige Einstellung jeglicher weiterer Schritte einer NATO-Osterweiterung;

- die Aufgabe der Doktrin präventiver Kriege und des geplanten Einsatzes von Kernwaffen;
- die Einleitung von Abrüstungsmaßnahmen für Kernwaffen und konventionelle Rüstungen;
- der Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland;
- die Sicherung des Gewaltmonopols der UNO und die Festigung ihrer Rolle als einziges globales System kollektiver Sicherheit;
- die Schaffung eines stabilen Systems internationaler Beziehungen, das auf den Prinzipien von Rechtsgleichheit, gegenseitiger Achtung und gegenseitiger vorteilhafter Zusammenarbeit der Staaten basiert und sich auf internationales Recht stützt;
- die Schaffung eines Vertrages über europäische Sicherheit mit einer Wiederbelebung des KSZE-Prozesses.

Die NATO blockiert sei 60 Jahren die elementaren Erfordernisse friedlichen Zusammenlebens und der Zukunft der Völker. Sie muss weg!

Gerd Deumlich

## **Die Gründung der BRD - ein Sieg für die Demokratie?**

Eine Antwort auf diese Frage darf zunächst nicht außer Acht lassen, welche einen zivilisatorischen Fortschritt auch die westdeutsche Nachkriegsentwicklung gegenüber der vorausgegangenen faschistischen Diktatur ausmacht, auch wenn da keineswegs mit den gesellschaftlichen Grundlagen, den ökonomischen Machtstrukturen, aus denen der Faschismus entsprang und auf denen er beruhte, gebrochen wurde. Deshalb darf schon gesagt werden: An einen Sieg für die Demokratie kann nur glauben, wer es für einen Anfall von historischer Weisheit der deutschen Großbourgeoisie hält, derart, dass sie sich nach 1945 aus freien Stücken und moralischer Läuterung dazu durchrang, in dem ihr verbliebenen Machtbereich künftig Kapitalismus unter der Regierungsform der parlamentarischen Demokratie zu betreiben. Wir haben es da durchaus mit einer bestimmten Lernfähigkeit der Bourgeoisie zu tun. Aber es blieb ihr auch keine andere Wahl, nachdem sie mit dem Versuch, durch zwei Weltkriege auf Dauer zur imperialistischen Weltmacht aufzusteigen, gescheitert war.

Zwischen diesen machtpolitischen Exzessen lag der von der Novemberrevolution 1918 erzwungene Ausflug in die Weimarer Republik, diese ungeliebte Gründung der "Novemberebrecher", immer mal wieder von Rechts attackiert, bis schließlich die Spitzen des Großkapitals dem demokratischen Spuk mit der faschistischen Diktatur ein Ende machten. Und dann? Nie hat eine Regierung die Interessen und Erwartungen des Kapitals und des Militarismus zügiger und gründlicher vollstreckt als das Nazi-Regime: Zerschlagung der Arbeiterbewegung, "Ermächtigung" des "Führers" zu diktatorischer Regierungspraxis, Führerprinzip in den Betrieben, Staatsterror gegen jede Widerstandsregung, das Geschäft mit der Aufrüstung, der mit "Blitzsiegen" begonnene mörderische Eroberungskrieg - bis auch dieser Griff nach der Weltmacht scheiterte.

Damit war eine Situation entstanden, in der das Überleben der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nur durch eine Umorientierung in der Regierungsform gesichert werden konnte. Zwar waren die Grundlagen des Kapitalismus mit der totalen militärischen Niederlage, mit dem Exitus des Nazi-Staates, nicht zerstört, aber die Herrschaft des Kapitals, der Junker, des Militarismus war wie nie zuvor angeschlagen und

diskreditiert. Immerhin wurden zum ersten Male nicht nur Militärs und Nazi-Größen, sondern auch Wirtschaftsführer als Kriegsverbrecher vor ein internationales Gericht gestellt.

Wie glimpflich allerdings gerade die Herren aus den führenden Kreisen der Wirtschaft, wie Krupp und andere, dabei wegkamen und bald wieder in die Führungsetagen ihrer Konzerne zurückkehren konnten - das gehört schon in die "einmalige Erfolgsgeschichte", um die zum 60. Gründungstag der BRD offiziellerseits eine regelrechte Jubelkampagne aufgezogen wird. Gefeierte werden soll der "beste Staat, den Deutschland je zustande gebracht hat" - eben der "Sieg der Demokratie".

Natürlich wird dabei die konterrevolutionäre Einverleibung der DDR, die sogenannte Wiedervereinigung Deutschlands, hochgejubelt werden, um die Tatsache zu übertönen, dass mit der Gründung der BRD Deutschland gespalten wurde, und dass, wie das bewerkstelligt wurde, ein Hohn selbst auf die simpelste Gepflogenheit der bürgerlichen Demokratie darstellte.

Wird davon die Rede sein, dass der westdeutsche Separatstaat auf Befehl der westlichen Besatzungsmächte zustande kam? Wie der amerikanische General Lucius D. Clay am 14. Juli 1948 im ehemaligen IG-Farben-Gebäude in Frankfurt am Main die deutschen Länderchefs seiner Zone antrieb, den Weststaat in Angriff zu nehmen? Dass das Grundgesetz, das der Parlamentarische Rat auf Weisung der Militärregierung erarbeitete, zwar von den Besatzungsmächten genehmigt werden musste, aber darüber nie von den Westdeutschen in einer Volksabstimmung befunden werden durfte?

Erst recht wird man sich hüten, daran zu erinnern, wie die beiden Kommunisten im Parlamentarischen Rat, Max Reimann und Heinz Renner, darum bemüht waren, soviel demokratische und soziale Rechte wie möglich, wie das Recht auf Arbeit, auch Grundsätze wie die Ächtung des Krieges, im Grundgesetz zu verankern. Wie Recht Max Reimann mit der Erklärung hatte, dass die Kommunisten dem Grundgesetz nicht zustimmen, weil es die Spaltung Deutschlands besiegelt - aber es nicht lange dauern wird, bis sie die demokratischen Rechte und Freiheiten des Grundgesetzes gegen seine "Väter" werden verteidigen müssen? Es ist gewiss nicht übertrieben: Diese Erklärung steht bis heute als ein gültiges Kriterium für die Beurteilung der ganzen

Geschichte der Bundesrepublik - auch nachdem die staatliche Spaltung aufgehoben ist, aber sich die Klassenspaltung in der Gesellschaft verschärft hat.

Da kann ich mich gelinde gesagt nur wundern, wenn sich die FAZ am 9. 3. 2009 darüber erbaut, dass auf einer Veranstaltung in Leipzig, mit der die Linkspartei den 60. Jahrestag des Grundgesetzes feierte, der Abgeordnete Wolfgang Neskovic zur "freudigen Überraschung" des Publikums ausgerechnet aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Verbot der KPD von 1956 "den Anspruch der Bundesrepublik" zitierte, "ihren Bürgern den optimalen Ausgleich von Freiheit und Gleichheit zu ermöglichen". Was für ein Glück, dass es dieses antikommunistische Verbotsurteil gibt und noch gültig ist, sonst wüssten wir gar nicht, wie demokratisch dieser Staat verfasst ist.

Wenn mir auch der Vergleich zuwider ist - es ist nun mal eine Perversion von Demokratie, dass man überhaupt dieses KPD-Verbot verbrach, wenige Jahre nach der Niederschlagung des Faschismus, gegen die Partei, die im deutschen Widerstand die größten Opfer gebracht hatte - während es sich regierende Kräfte als demokratische Tugend anrechnen, dass von einem Verbot der neonazistischen NPD abgesehen wird, dass der NPD von höchster Justiz Meinungs- und Demonstrationsfreiheit zugewilligt wird, dass sich der Schutz der V-Leute des Verfassungsschutzes als Schutz für die ganze NPD auswirkt. Es stört sie nicht, dass ihr Umgang mit dem Grundgesetz, das sie eigentlich zum Vorgehen gegen die Neonazis verpflichtet, am pfleglichen Umgang mit der NPD deutlich wird.

Zu den Erfolgsgeheimnissen, wie dieses Land zur angeblich besten Demokratie geriet, gehört nicht zuletzt, wie gesellschaftspolitische Konsequenzen aus Erfahrungen der Zeit, als der Kapitalismus noch faschistisch organisiert war, abgelenkt wurden. Es gab solche Ansätze zur Veränderung der Eigentums- und damit der Machtverhältnisse bekanntlich auch in Westdeutschland, ebenso wie in der SBZ und später DDR. Dort allerdings wurden sie umgesetzt - und das ist heute einer der wichtigsten Gründe, die ganze DDR zum "Unrechtsstaat" abzustempeln.

Bei uns stand die Forderung nach Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum in programmatischen Gewerkschaftsbeschlüssen, in Länderverfassungen, in speziellen Gesetzen; in Hessen gab es eine Volksabstimmung über die

Enteignung von Nazi- und Kriegsverbrechern. Diesbezügliche Gesetze und Verfassungsbestimmungen wurden jedoch samt und sonders von den Besatzungsmächten außer Kraft gesetzt. Als potenzieller Verbündeter im beginnenden Kalten Krieg taugte ihnen nur ein Land mit intaktem Kapitalismus. Da wurde auch schon offen mit den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens gebrochen.

Es waren deutscherseits echte antikapitalistische Haltungen, aber auch demagogisches Eingehen darauf im Spiele. Im Kölner Gründungsauftrag der CDU vom Juni 1945 hieß es: "Mit dem Größenwahn des Nationalsozialismus verband sich die ehrgeizige Herrschsucht des Militarismus und der großkapitalistischen Rüstungsmagnaten", deren Macht daher beseitigt werden müsse. Der SPD-Vorsitzende Schumacher sah gar in antikapitalistischen Stimmungen "die Kraft der sozialen Revolution", die nach grundlegender Änderung der sozialen Struktur drängt - mahnte aber an, diese Kräfte "in geordneten Formationen auf legalen Bahnen zu halten". Da verrät sich schon, weshalb sein Satz vom "Sozialismus als Tagesaufgabe" nur radikales Geschwätz ohne praktische Konsequenz blieb.

Ebenso zweischneidig verhält es sich mit dem Ahlener Programm der CDU, das unter maßgeblichem Einfluss des Bankiers Robert Pferdmenges zustand kam und auf einer Tagung unter dem Vorsitz von Konrad Adenauer verabschiedet wurde. Es beginnt zwar mit dem Satz: "Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden" - aber die daraus gefolgerten Maßnahmen, Gesetzentwürfe im NRW-Landtag, kamen über gewisse Entflechtungen in der Großindustrie bei Wahrung der kapitalistischen Eigentumsrechte nicht hinaus. Später rühmte der CDU-Boss von NRW, Meyers, wie geschickt damit eine Sozialisierung verhindert wurde.

So demagogisch trieb es auch der Direktor der Vereinigten Stahlwerke, Heinrich Dinkelbach, der in einem Entflechtungskonzept "paritätische Mitbestimmung" einräumte und darüber offenherzig gestand: "Ich habe diese Form der Beteiligung der Arbeiter gewählt, erstens, damit man ihnen sagen kann, dass es ihre Werke sind und sie dieselben verteidigen müssen, und zweitens, weil dadurch die Möglichkeit besteht, die Arbeiter gegen die Sozialisierung in Bewegung zu bringen."

An derlei Manöver wird man erinnert, wenn jetzt die Bundesregierung zwecks Effektivierung ihrer Hilfsmaßnahmen für krisengeschädigte Banken Enteignungen für gesetzlich zulässig deklarieren will. Verfechter der reinen "sozialen Marktwirtschaft" sehen da den Sozialismus über uns kommen. Tatsächlich eröffnen sogar die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes diese Möglichkeit. "Sie sind kein Relikt der DDR", schreibt das Handelsblatt, "sondern stehen seit 1949 an prominenter Stelle im GG", und fragt besorgt: "Werden diese Artikel jetzt bei der offenbar geplanten Verstaatlichung der Hypo Real Estate (HRE) zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik bei einer Bank angewendet?"

Daran ist die für die bundesdeutsche Demokratie typische Kluft zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit zu erkennen: Enteignungen "zum Wohle der Allgemeinheit" sind zulässig - doch das hat dem Kapital in Jahrzehnten kein Haar gekrümmt. Und kann jemand so naiv sein zu glauben, das Steinbrück, seine SPD und die ganze Große Koalition etwas anderes wollen, als die Banken, diese "Blutadern der freien Marktwirtschaft", zu retten?

Da wird zwar von der Exekutive totalitär willkürlich mit Hunderten Milliarden Steuergeldern operiert, um dem Kapital über die Krise zu helfen - aber das entspricht akkurat dem bürgerlichen Ideal. Da wird zwar Demokratie als "universeller Wert", als Ding an sich, gehandelt, aber wenn es konkret wird, gilt nur das private kapitalistische Eigentum, der reine Markt, dessen freies Spiel der Kräfte, als Inkarnation von Demokratie und Freiheit. Jedes andere Verständnis von Demokratie gerät unter das Verdikt "Verfassungsfeindlich".

Politisch gilt dann die Stimmzettel-Demokratie, worin, nach Marx, "dem Wähler die Möglichkeit geboten wird, einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll", gilt die sogenannte repräsentative Demokratie, die Volksabstimmungen und außerparlamentarische Bewegungen für ein Gräuel hält, gilt diese kümmerliche formale Demokratie als das Demokratiemodell schlechthin.

Die Frage nach dem "Sieg der Demokratie" mit der Gründung der BRD ruft noch eine weitere Erwägung hervor: War schon das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie eine Bedingung für das Überleben der kapitalistischen Ordnung, so auch

die insbesondere vom ersten Kanzler der BRD, Adenauer, mit Verve betriebene "Westbindung". Die herrschenden Kreise witterten die Chance, die der sich abzeichnende Bruch der Antihitlerkoalition durch die Westmächte und ihr Übergang zum Kalten Krieg gegen die Sowjetunion und die neuen sozialistischen Staaten für den deutschen Imperialismus bot. Das war zu dem wirtschaftlichen Aufstieg die Chance zur Remilitarisierung. Es war zu erkennen, dass insbesondere die USA Beistand dazu leisten würden, die Entmilitarisierungsaufgaben des Potsdamer Abkommens zu unterlaufen.

Der undemokratische Charakter dieses Unternehmens war schon daran zu erkennen, dass die Remilitarisierung in ihrer Anfangsphase unter betrügerischer Leugnung gegenüber der Öffentlichkeit als Geheimdiplomatie Adenauers mit den Spitzen der USA betrieben wurde. Vorbei am Parlament, sogar vorbei am Kabinett, weshalb der Innenminister Heinemann zurücktrat, aus Protest dagegen, dass Adenauer ein Angebot, deutsche Truppen zu stellen, am Kabinett vorbei an den US-Hochkommissar McCloy geschleust hatte. Eine Clique ehemaliger Nazigenerale, die Adenauer mit der geheimen konzeptionellen Vorarbeit für die Aufstellung der Bundeswehr beauftragt hatte, monierten, dass weiten Teilen der Bevölkerung der "Wehrwille" fehle, weshalb sie "Maßnahmen zur Umstellung der öffentlichen Meinung" forderten und dies durch "kraftvolle Bekämpfung aller die Demokratie zersetzenden Elemente". Das war ihr Reflex auf den Widerstand gegen die Remilitarisierung. Ein geradezu exemplarischer Fall, wie sich stramme Staatsdiener des Nazireiches flugs zu biedereren Demokraten mausern konnten. Konnte da die ganze Remilitarisierung etwa ein Pfad auf dem Erfolgsweg zu einem Sieg der Demokratie sein? Als Zeugen und Vorkämpfer Leute, die vor kurzem noch den Endsieg des Faschismus erkämpfen wollten!

So realisierte sich die Gründung der BRD als Produkt des Kalten Krieges, von den neuen Verbündeten, insbesondere den USA, als Vorposten auserwählt im Kampf gegen den Kommunismus, mit eigenen annexionistischen Ansprüchen auf die DDR, auf Deutschland in den Grenzen von 1937.

Insbesondere durch die Mitgliedschaft und anwachsende Rolle in der NATO schaffte es - nach der ersten Osterweiterung, der Einverleibung der DDR - das größere imperialistische Deutschland, wieder zur Kriegsmacht aufzusteigen



- im völkerrechtsbrecherischen Angriff auf Jugoslawien,
- im nunmehr länger als der zweite Weltkrieg andauernden und noch eskalierenden Krieg in Afghanistan,
- an vielen Punkten der Welt, wo, wie die FAZ schrieb, sich die NATO als "Vertriebsagentur für Marktwirtschaft und Demokratie" bewährt; die Kanzlerin versteht das als Aufgabe, "unsere Art zu leben, auf die ganze Welt auszubreiten".

Es wäre geradezu ein Wunder, wenn da nicht auch die innenpolitische Entwicklung nur noch einen einzigen Zynismus auf den Glauben an einen "Sieg der Demokratie" bedeutete: der hochgradig erreichte totale Überwachungsstaat, die Präparationen auf den Einsatz der Bundeswehr im Innern ...

Dazu kommt eine zur Staatsdoktrin mutierende Konstruktion, wodurch demokratische Gesinnung auf aggressiven Antikommunismus getrimmt werden soll: die sogenannte Totalitarismus-Theorie. Die theoretische Fragwürdigkeit dieser Doktrin zeigt sich darin, dass sie für die Behauptung einer Gleichförmigkeit von Faschismus und Kommunismus auf formale Ähnlichkeiten abhebt, während die soziale Natur der gesellschaftlichen Ordnungen, die gegensätzlicher nicht sein kann, total ausgeblendet wird. Da wird es zum Ausweis einer zuverlässigen demokratischen Haltung, dass es geschichtlich geboten sei, den Kommunismus zu vernichten, während die kapitalistischen Strukturen, die der Herrschaftsform des Faschismus zugrunde lagen, als Grundlage auch einer "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" sakrosankt sind.

Im Hinblick auf offiziell angesagtes Gedenken an die Gründung der beiden deutschen Staaten vor 60 Jahren und ihre "Wiedervereinigung" vor 20 Jahren wird intensiv ein "antitotalitärer Gründungskonsens" der BRD in den Vordergrund gerückt. Er gilt der Bundeszentrale für politische Bildung als "Eckpfeiler unseres demokratischen Gemeinwesens", als "Fundament der historisch-politischen Bildung und der gewissenhaften Aufarbeitung der Zeitgeschichte". Im Kern geht es darum, die antifaschistischen Intentionen zu verdrängen, die nach 1945 als geschichtliche Aufgaben auf der Tagesordnung standen. Nicht "Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg" darf der Anstoß zu gesellschaftlichen Konsequenzen gewesen und bleibende Verpflichtung geblieben sein - nach der Niederschlagung des Faschismus bei entscheidendem Anteil der Sowjetunion sei es primär darum gegangen, gegen eine "kommunistische

Diktatur" auf deutschem Boden Front zu machen. Da braucht man nicht lange darüber zu rätseln, in welchen antikommunistischen Tonlagen die "gewissenhafte Aufarbeitung der Zeitgeschichte" ausfallen wird.

Mein Resümee auf die Frage: War die Gründung der Bundesrepublik ein Sieg der Demokratie? - schon von den Intentionen, erst recht von den Resultaten her - Nein. Sie war der Anfang des Sieges der Restauration der Macht des Kapitals und des Militarismus unter dem Vorzeichen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie. In der ganzen folgenden Geschichte haben wir unsere Erfahrungen mit Demokratie unter kapitalistischen Bedingungen gemacht, haben wir unsere Haltung als Revolutionäre zur bürgerlichen Demokratie entwickelt, Rechte und Freiheiten schätzen gelernt, die ihren formalen Charakter in dem Maße verlieren, wie sie aktiv verteidigt werden. Das schließt die Erfahrung ein: bürgerlich-parlamentarische Demokratie ist von sich aus keine Garantie gegen reaktionäre und kriegerische Entwicklungen. Die sind unsere Wirklichkeit.

Generalmajor a. D. Hans-Werner Deim

## **NATO-Strategien - gestern, heute und morgen**

Es wendet sich als ehemaliger Soldat der DDR und des Warschauer Vertrages ein Gegner der NATO an Sie. In vielen Schlachten des Kalten Krieges wurde aus dieser Gegnerschaft Feindschaft. Voreingenommenheit zügelte ich aber bei dem Versuch, einige Geheimnisse zu lüften, mit denen die NATO Gegenwart und Zukunft, besonders ihre Strategie, gestalten will. Strategien haben eine theoretisch-konzeptionelle und eine praktisch-angewandte Seite. Ich wende mich in erster Linie letzterer zu.

Die NATO ist seit 60 Jahren das *Streitkräfte- und Waffenarsenal des Westens*. Mit ihnen sollten die Völker und Staaten des europäischen Westens vor dem "Ungemach des Sozialismus" bewahrt und die Völker und Staaten des europäischen Ostens aus ihm "befreit" werden. Dieses Ziel wurde übererfüllt, aber die NATO setzte ihre Existenz und Entwicklung trotz getaner Arbeit fort. Es ging nicht hauptsächlich um die Beseitigung der "Unrechtsregime", um deren Staatsflaggen sich Soldaten und Bürger hingebungs- und aufopferungsvoll scharten. Es geht heute nicht hauptsächlich um die Disziplinierung Andersgläubiger. Es geht wie eh und je um die kontinentale Masse Russlands und des traditionellen Ostens sowie, immer mehr, um deren Boden-, Süßwasser- und Kohlenwasserstoffschätze.

Um sie kontrollieren und ihre Verwendung bei den absehbaren noch ernsthafteren Prüfungen der Menschheit durch die Natur im Interesse des Westens beeinflussen zu können, sah er es als geboten an, sich ihnen gegenüber in eine immer vorteilhaftere Position zu bringen. Daher erinnert das weite Vordringen der NATO in die Tiefe Eurasiens an die Zeit der Begründung der Idee eines derartigen euroatlantischen Zusammenschlusses. Am Ende des 19. Jahrhunderts besaß er geringere Maßstäbe, als die US-Eliten mehr als nur die abstrakte Möglichkeit erwogen, dass die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit den kapitalistischen Mutterländern Europas mit wachsender Notwendigkeit zu Kriegen führen kann. Dann werden sich proamerikanische Staaten mit den USA in einem Verbund vereinigen, gewissermaßen wäre das der Vorläufer der NATO gewesen.

Es ging um das Grundproblem und Grundübel der kapitalistischen Formation, Interessen und Zielstellungen mit brachialer Gewalt durchzusetzen. Diese Erscheinung hat mehr als 75 Prozent der Kriege der neuen und neuesten Zeit ausgelöst.

Auch in der heutigen Situation handelt es sich um eine die kapitalistische Formation betreffende Lebensfrage: Kann oder muss die Auseinandersetzung zwischen den beiden Kapitalismusmodellen, dem von den USA, Europa und Japan repräsentierten "liberalen", "demokratischen" sowie dem von China und Russland vertretenen "autokratischen", zu Kriegen führen? Die Führungseliten der USA und der NATO sagen offensichtlich dazu: ja! Die Entwicklung und Zukunft des Westens müsse auch mit Waffen und Streitkräften gegen die starken Asiaten und die wieder zu sich kommenden Russen erstritten werden, selbst wenn diese sich für kapitalistische Evolutionsmuster entschieden haben. Es geht wie seit dem Ende des 19. Jahrhunderts schon immer um die Kombination von Wettbewerb und Krieg. Die westlichen "Demokraten", nicht nur die Europäer, brauchen dafür gegen die "Autokraten" Chinas und Russlands die NATO. Diese Vorstellungen verleihen den Erwartungen, der Bestimmung, der Struktur und den Möglichkeiten der NATO allmählich globale Ausmaße.

An vorteilhaften Bedingungen für den bewaffneten Kampf in und um Eurasien arbeiten die USA und die NATO nun schon fast 20 Jahre. Besonders betrifft das *Raumgewinn und umfangreiche Kräfteverschiebungen* in die eurasische Tiefe. Die NATO vermochte die wichtigsten Nachteile ihrer geostrategischen Lage im Vergleich zum Kalten Krieg und, bei ihrer militärischen Gegenüberstellung zur Russischen Föderation, auch im Vergleich zur Zeit der Planung und Durchführung des Raubkrieges Hitlers gegen die UdSSR wesentlich zu korrigieren. In der ehemaligen Moskauer Hauptrichtung gibt es einen Raumgewinn von bis zu 700 km nach Osten. In der Leningrader und wiederum Moskauer Richtung aus dem Baltikum erreicht der Raumgewinn entsprechend 500 bis 300 km. Um diese Entfernungen wachsen die räumlichen Möglichkeiten für die Dezentralisierung der militärischen Potenziale, ihre Staffe- lung und Entfaltung. Um diese Entfernungen erhöhen sich die Reichweiten der Groß- waffensysteme der NATO. Die Verantwortlichen in den Planungsstäben des Pentagon und der NATO könnten "ruhigeren Gewissens und mit größeren Erfolgsaussichten" als die Generalstabschefs Napoleons und Hitlers, der französische Marschall Berthier und der Wehrmachtsgeneraloberst Halder, die nun zu Grenzstädten degradierten St. Petersburg und Moskau in die nächsten strategischen Zielabschnitte eingliedern. So

geraten auch die Wolga und westliche Ausläufer des Urals in die Raumvorstellungen über den Inhalt der weiteren strategischen Aufgaben.

Eine der markantesten Folgen der Globalisierung der NATO besteht in der Verlagerung des Schwerpunktes ihrer militärpolitischen und militärischen Tätigkeit. Das hat sie zur Schwenkung ihrer besonderen Aktivitätsachse aus dem Zentrum Europas um etwa 4500 km nach Zentralasien genötigt. Aus dieser neuen Position umfasst sie tief den postsowjetischen Raum. Sie ist bei Vorhandensein ausreichender operativer Flugplätze nun in der Lage, im Zusammenwirken mit den US-Kräften auf den überseeischen Basen in asiatischen Randgebieten jedes Zielobjekt auf dem Territorium der Russischen Föderation mit konventionellen Mitteln zu bekämpfen. Diese Fähigkeiten besaßen bisher nur die strategischen Kernwaffenkräfte der USA.

Der tiefe Schwenk der Truppen, Kräfte und Mittel der USA und der NATO in das Zentrum Asiens ist in einer Art und Folgerichtigkeit erfolgt, die selbst westliche Experten überrascht hat. In der Zeit des Kalten Krieges war die NATO das Kräfte-reservoir für die strategischen Streitkräftegruppierungen auf den von den USA festgelegten drei europäischen Kriegsschauplätzen. Der Anteil der USA an ihnen überstieg nicht mehr als 16 Prozent. Unter diesen Kriegsschauplätzen war der zentral-europäische in der Berlin-Warschau-Moskauer Richtung, der die beiden deutschen Staaten einschloss, der Hauptkriegsschauplatz. Da die USA und die NATO das so postulierten sowie militärpolitisch und militärstrategisch vorbereiteten, hatten die Verteidiger der DDR davon auszugehen. Sie hatten nicht ihren eigenen Krieg. Der süd-europäische Kriegsschauplatz, zu dem das Handlungsobjekt Balkan gehörte, war bis zum Ende des 20. Jahrhunderts nur ein Schauplatz an der Flanke des Hauptkriegsschauplatzes.

Unter den veränderten geostrategischen Bedingungen bereiten die USA die Länder der NATO darauf vor, ihre langfristigen Hauptgegner in China und der ihm vorgelegerten arabisch-islamischen Welt zu sehen. Russland bleibt für sie "unsicherer Patron". Gegen ihn bietet das konventionelle NATO-Potenzial, vorerst vorwiegend im Westen und Südwesten sowie nach zwei von drei Erweiterungsrounden, so viele Truppen, Kräfte und Waffen auf, dass sie den Streitkräften der Russischen Föderation in deren europäischem Landesteil erdrückend überlegen sind.

Gegen die arabisch-islamische Welt und China braucht man neue Kräfte und Mittel. Der dazu ausgelöste militärpolitische Prozess währt nun fast schon 15 Jahre und kommt einer militärstrategischen Vorrangaufgabe der USA und der NATO gleich. Sie nutzen jede sich bietende Gelegenheit und jeden Vorwand, darunter Durchsetzung von Menschen- und Minderheitsrechten, Freiheit und Demokratie, Antiterrorkampf und Entwaffnung, um konzentrierte militärische Gewalt auszuüben. Auf diese Weise sind sie dabei, auf dem Weg über den Balkan und den Nahen Osten neue Potenziale für das neue geostrategische Zentrum im Raum des Dreiländerecks Afghanistan, Pakistan und China bereitzustellen. Die Ereignisse in und um Tibet und Pakistan gehören in diesen Zusammenhang.

Den NATO-Streitkräften nach dem Kalten Krieg und diesen neuen Potenzialen legten die USA und die NATO nicht mehr die strategische Berechnungsgröße Felddivision, sondern Feldkorps zugrunde. Was einem Korps an operativen und Gefechtsmöglichkeiten potenziell entspricht, wird in meinem Beitrag Korpsäquivalent genannt.

Die NATO unterhält seit dem Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert neun und unter Einbeziehung des Euro-Korps zehn ihrer zahlreichen Feldkorps in der Bereitschaft zum sofortigen oder in kurzer Zeit vollziehbaren Gefechtseinsatz. Fünf, unter Einbeziehung des Euro-Korps sechs sind für die alte Hauptrichtung Moskau und vier für die Südostrichtung bestimmt. In der strategischen Rollenverteilung und Aufstellung ist besonders im letzten Jahrzehnt folgende gravierende Änderung herbeigeführt worden: Die strategische Hauptrichtung der NATO bilden nicht mehr die sechs Einsatzkorps in der Ostrichtung, sondern elf Korps und Korpsäquivalente in der Südostrichtung. Nach militärischen Operationen und Einsätzen beließen die USA und die NATO gute Teile der Truppen und Kräfte in den Handlungsräumen. Personalstärke und Kampfbestand werden insgesamt sinken, aber entscheidend für die zukünftige Funktion dieser Räume und Richtungen ist die ständige Arbeit der Stäbe an der Erhöhung ihrer operativen Verwendbarkeit sowie infrastrukturellen und logistischen Weiterentwicklung, wofür die US-Basis *Bondsteel* im Kosovo und die zahlreichen Basen im Irak Beispiele sind. Die Zahl der Korpsäquivalente in der Südostrichtung wuchs nach dem Gefechtseinsatz und mit Übernahme von Aufgaben des militärischen Besatzungs- und Unterstützungsdienstes wie folgt an: Seit 1991 eins an der Westküste des Persischen Golfes; seit 1995/1996 eins in Bosnien; seit 1999 eins im Kosovo; seit 2001 eins, bald

aber zumindest zwei in Afghanistan; seit 2003 drei im Irak, ab 2010 nur noch eins bis zwei.

In der Öffentlichkeit tritt die NATO als dem Frieden und der Humanität verschworene Gemeinschaft auf. Deshalb versteckt sie ihr militärisches Potenzial hinter neuen "zeitgemäßen Konzeptionen mit neuen operativen Komponenten der Streitkräfte der NATO und auch der EU". Allein in Europa ist an die NATO-Strukturen folgendes Potenzial gebunden: mehr als 20 000 Panzer, 30 000 gepanzerte Gefechtsfahrzeuge, 20 000 Feldartilleriesysteme, etwa 7000 taktische Kampfflugzeuge, 2000 Kampfhubschrauber und mehr als 800 Kampfschiffe.

Die neuen operativen Komponenten werden auf Krisen orientiert, haben aber einen engen Bezug zum umfassenden bewaffneten Kampf, für den das genannte militärische Potenzial bereitgehalten wird. Zu diesen Komponenten gehören:

1. Die bereits vorgestellten zehn "Öffentlichkeitskorps" der schnellen Reaktion, die man vorgibt, für die Krisenbeherrschung zu brauchen, aber vorzugsweise für die Deckung der Entfaltung der Gesamtgruppierung der NATO-Streitkräfte zum Einsatz bringen kann. Das wurde bei allen bisherigen lokalen Kriegen und bewaffneten Konflikten offenbar, in denen in der Regel nur auf die Stabsorgane dieser Korps zurückgegriffen wurde, für den Gefechtseinsatz aber Truppen und Kräfte aus anderen Verbänden der nationalen Kontingente herangezogen wurden.

2. Die "Multinationalen operativen Kräfte" in der Unterstellung der neugeschaffenen drei operativen Kommandos "Nord", "West" und "Süd"; mit ihnen wird die Verwirklichung der Idee angestrebt, Kontingente von Nicht-NATO-Staaten in die Kräftegruppierungen der NATO einzubeziehen und so Reibereien zwischen Führungsinstanzen der NATO und der EU vorzubeugen. Diese Kräfte sollen einen Bestand von wenigstens 50 000 Mann haben und könnten Vorhutfunktionen in den drei strategischen Richtungen erfüllen.

3. Die "Kräfte der erstrangigen Verwendung", jeweils mit dem Potenzial einer verstärkten Feldbrigade, mit denen geeignete Bedingungen für die Entfaltung von Korps der schnellen Reaktion geschaffen werden können.

4. Das angeblich von der NATO unabhängige europäische Projekt zur Bildung von taktischen Kampfgruppen, jeweils mit dem Potenzial ehemaliger Linienregimenter, anfangs sollten es 13 bis 2008 sein, neuerdings werden 18 solcher Kampfgruppen bis

2010 angestrebt. Auch ihr Einsatz wird auf die Begegnung von Krisenerscheinungen im europäischen Umfeld orientiert, eignet sich aber für die Erfüllung von Vorhutaufgaben im Interesse größerer taktischer und von operativ-taktischen Kräftegruppierungen.

Im Kalten Krieg setzten sich die USA und die NATO gegen die UdSSR und deren Verbündete durch. In dem von Bush jr. inszenierten und unter Obama noch währenden Warmen Krieg haben sich die USA und die NATO vorwiegend gegen den "kriegerischen und unberechenbaren Islam" sowie das "gewaltige und geheimnisumwitterte China" verschworen. Das werden auch die Etappen dieses Krieges sein. Also befinden wir uns in seiner ersten Etappe. Mit ihr sollen die Ausgangs- und Entfaltungsräume für zukünftige militärische Eingriffe in China vorbereitet sowie ein Landkorridor nach Zentralasien geschaffen werden. Die letzte Aufgabe aber steht und fällt mit der Erweiterung der Kontrolle des Iraks auf den Iran durch die USA oder einen ihnen hörigen Staat.

In der Geschichte der NATO bleibt bemerkenswert, wie die Europäer bei der Erörterung der Vorgaben für die *gemeinsame Strategie* Eigenständigkeit und Identitätswillen bekundeten. Sie waren zum Beispiel erst 1967 bereit, die für die USA seit 1961 verbindliche "Strategie der flexiblen Reaktion" zu übernehmen. Sie ließen sich nicht davon abhalten, an ihr bis zum Ende des Kalten Krieges festzuhalten, obwohl die USA ihnen ihre drei Folgestrategien "Realistische Abschreckung", "Direkte Konfrontation" und "Konkurrenz" empfahlen. In ihnen begannen die USA, regionale Kriege vor den globalen zu bevorzugen. Dieser Umstand brachte sie bei den Europäern in Verdacht, Kriege zwar inszenieren, aber das eigene Territorium nicht von Kriegshandlungen berühren und die Europäer alles ausbaden lassen zu wollen. Wo die Europäer mit den Amerikanern nicht anders zurechtkamen, fanden sie andere Begriffsinterpretationen. Die USA hielten am Ende der siebziger Jahre fünf selbständige Kriegsarten für möglich: den globalen Kernwaffenkrieg, den regionalen Kernwaffenkrieg (zum Beispiel im Kriegsraum Europa), den globalen konventionellen Krieg, den regionalen konventionellen Krieg sowie den konventionellen Krieg auf einem Hauptkriegsschauplatz. Die Europäer akzeptierten nicht die unangefochtene Autonomie dieser fünf Kriegsarten, sondern nur zwei, den globalen Kernwaffenkrieg und den begrenzten Krieg, und sahen in den anderen Kriegsarten der Amerikaner Eskalationsstufen des globalen und begrenzten Krieges, denen sie die Bezeichnung Konflikte verliehen. An der Vorbereitung aller Kriege oder Konflikte arbeiteten sie trotz häufiger



Diskussionen in großer Geschlossenheit. Zwischen den drei strategischen NATO-Konzeptionen, von 1967, 1991 und der noch heute gültigen von 1999, gibt es keine gravierenden Unterschiede. Die vorhandenen erlauben es aber, die Ausrichtung der praktischen Handlungen der Allianz für zehn bis fünfzehn Jahre vorzusehen.

Nach dem Kalten Krieg haben sich in der NATO uneingeschränkt entsprechende Standards der USA durchgesetzt. Das betrifft besonders:

- die Gewährleistung der Sicherheit in der erweiterten nordatlantischen Region;
- die Betonung der Offenheit der Allianz für neue Mitglieder;
- den Verzicht auf die Forderung nach Reduzierungen des Personals und Kampfbestandes;
- die Bereitschaft, besonders seit 2001, zum Verzicht auf militärpolitische Eigenständigkeit zugunsten der Nutzung der europäischen Potenziale und Ressourcen durch die USA;
- die Vorrangrolle der militärpolitischen Lage in der Tätigkeit und Entwicklung.

Die gegenwärtige Koalitionsstrategie gewährleistet die Erweiterung des Einflusses in der Welt und wachsende Möglichkeiten der Gewaltandrohung und -anwendung. Obwohl viel von der Transformation der Allianz geredet wird, ist an ihre Umwandlung von einer militärpolitischen in eine politisch-militärische Organisation nicht zu denken.

In der *Auseinandersetzung mit den USA über deren Kriegsabenteuer* ist die scheinbare Homogenität zwischen den Vertretern der US-Militärschule und europäischer Militärschulen verloren gegangen. Es haben sich Unterschiede, Unstimmigkeiten und Widersprüche herausgebildet. Europäer sehen in der Art der Begründung, Vorbereitung und Durchführung von Kampfhandlungen nicht wie die Amerikaner die Demonstration von US-Lebenskraft, sondern Zeichen der Entartung und des Kults des Faustrechts.

Als Krisenerscheinungen im Militärwesen werden angesehen:

- unzureichende Planungen und Prognosen des Handlungsverlaufes;
- die Ignoranz des Verständnisses des bewaffneten Kampfes als vielseitige und komplexe Erscheinung;
- die einseitige Verabsolutierung der episodenhaften Wirkung modernster konventioneller Waffensysteme und die Extrapolierung verbindlicher Tendenzen der Entwicklung des Militärwesens aus ihr;

- die Überbewertung des gegen schwache Gegner unzureichenden und gegen starke Gegner ungeeigneten Modells der "kontaktlosen Präventivkriegs- und Kampfführung".

Abgeklärtheiten in diesen Fragen werden auch nächstens nicht zu erwarten sein.

Wie wir sehen, ist die Welt nach dem Kalten Krieg instabiler und auch wegen der NATO gefährlicher und unübersichtlicher geworden. Die Frage "*Was tun?*" als Frage des Überlebens, der historischen Perspektive und des Schicksals kann auch nach langem und intensivem Denken nicht schnell und eindeutig beantwortet werden. Die Antwort wird und muss aber tendieren

- zum Verzicht auf die brutale Durchsetzung der nationalen Interessen zugunsten eines globalen und regionalen Konzeptes der allseitigen Entwicklung;
- zur Vereinigung aller Kräfte des gesunden Menschenverstandes namens der Rettung unserer planetaren Zivilisation;
- zur grundlegenden Qualifizierung der Weltpolitik und des Völkerrechts, über die neue Sicherheitsmechanismen entstehen, die solchen Organisationen wie der NATO die Existenzberechtigung nehmen.

Die Weltgemeinschaft steht unter Zugzwang. Für diese Arbeit stehen im besten Falle nur noch ein bis zwei Jahrzehnte zur Verfügung, bis die USA und die NATO sich in die Lage versetzt haben, auch gegen starke Gegner zuzuschlagen. Die Arbeit an der Materialisierung der Grundlagen für eine sichere und hoffnungsvolle Welt müsste im strategischen Dialog und in strategischer Partnerschaft aller mit allen geleistet werden.

# Einladung

In Berlin findet am

**Sonnabend, dem 31. Oktober 2009**

eine **Konferenz** zum Thema

**1989:**

**Ereignisse. Hintergründe. Folgen**

statt.

Zu ihr laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von **10.30** bis 18.00 Uhr.

**Tagungsort:** Berlin-Mitte, *Club Spittelkolonnaden*,  
Leipziger Straße 47 (Eingang Jerusalemer Str.)  
(U-Bahnhof Spittelmarkt oder Hausvogteiplatz - U 2)

## **Vorträge:**

*Prof. Dr. Heinz Niemann* (Bergfelde)

Zur Krise der DDR und der SED

*Prof. Dr. Ernstgert Kalbe* (Leipzig)

Europäische Integration und osteuropäische Desintegration im Gefolge des Umbruchs 1989

*Prof. Dr. Siegfried Prokop* (Bernau)

Zur Entwicklung der DDR vom 18. März bis 3. Oktober 1990

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung,  
für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574

# Einladung

**1939:**

## **War der Krieg unvermeidlich?**

Zu diesem Thema findet am

**Sonnabend, dem 12. September 2009**

in Berlin unser 31. gemeinsames **Kolloquium** statt.

Wir laden herzlich zur Teilnahme ein.

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte  
der deutschen Arbeiterbewegung  
bei der Partei DIE LINKE

Geschichtskommission  
beim Parteivorstand  
der DKP

Das Kolloquium tagt von **10.30** bis 17.00 Uhr.

**Tagungsort:** Berlin-Mitte, *Club Spittelkolonnaden*,  
Leipziger Straße 47 (Eingang Jerusalem Str.)  
(U-Bahnhof Spittelmarkt oder Hausvogteiplatz - U 2)

### **Vorträge:**

*Prof. Dr. Dietrich Eichholtz* (Borkheide)  
Kriegsvorbereitung und Kriegsende Hitlerdeutschlands

*Prof. Dr. Stefan Doernberg* (Berlin)  
Zur historischen Wertung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vom 23.  
August 1939

(Die Vorträge werden evtl. noch ergänzt.)

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung,  
für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

### **Kontaktadressen:**

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079  
Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574